

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 3 (1909)
Heft: 11

Rubrik: Umschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Umschau.

Wer hat recht behalten? Wer sich so oft als einen „unpraktischen Idealisten“ hinstellen lassen muß, darf wohl gelegentlich darauf aufmerksam machen, wo er die praktischen Dinge besser beurteilt hat als die „Praktiker“. Als nach den deutschen Reichstagswahlen vom Februar 1907, die der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage gebracht hatten, sich ein allgemeiner Jubel darüber erhob, daß sie nun „vernichtet“ sei und zugleich behauptet wurde, jetzt erst werde eine Periode flotten sozialpolitischen Fortschritts einsetzen, da haben wir in den Neuen Wegen (1907, Nr. 4) voraus-

gesagt:
1. Diese Aera sozialpolitischen Fortschritts werde nicht eintreten, sondern das Gegenteil; 2. die Sozialdemokratie werde sich unter dem Einfluß der Niederlage regenerieren; 3. die sozialdemokratische Flut werde verstärkt wiederkehren. Das alles ist so prompt eingetroffen, wie wir selbst nicht erwartet hätten. Der sozialpolitische Fortschritt hat zur — Reichsfinanzreform geführt, die ein Hohn auf alles soziale Denken ist. Die Sozialdemokratie hat sich gesammelt, geläutert und an Stelle des Dresdener ist der Leipziger Parteitag getreten mit seinem überraschenden Siege der Besonnenheit. Und zum Denken ist die sozialdemokratische Flut wiedergekehrt. In einer Reihe von Reichstags- und Landtagswahlen haben sie überraschende

und glänzende Erfolge errungen, die alle früheren weit überholten und die Gegner in Staunen und Bestürzung versetzen. Wenn jetzt Wahlen wären, so würden sie zweifellos als die stärkste aller Parteien in den Reichstag einziehen und die höchste Zahl der Mandate, die sie früher besaßen, um 50 % vermehren. Wir sehen: es ist kein Anlaß, eine Rückwärtsbewegung zu erwarten. Der Sozialismus und die Sozialdemokratie sind mehr als je das Problem. L. R.

Das Obige wird bestätigt durch den **machtvollen Fortschritt des Sozialismus in aller Welt.**

In Finnland beherrscht er das Parlament, in Dänemark ist er seine stärkste Partei, in Nordamerika der Mittelpunkt der politischen und kirchlichen Diskussion. In Frankreich sitzen drei Sozialisten im Ministerium und einer von ihnen ist Ministerpräsident. Vor allem aber ist die Bewegung in England auffallend, von der noch kürzlich Giner, der tat, als wisse ers (Dr. Förster) behauptete, kein Mensch rede dort vom Sozialismus, was freilich seit langem nicht richtig ist. Hier folgt ein tiefgreifendes sozialreformerisches Gesetz dem andern. Ihre Krone ist das sogenannte Budget, das in Wirklichkeit ein Steuergesetz bedeutet. Es ist in starkem Gegensatz zu der deutschen „Reichsfinanzreform“ auf dem Grundsatz aufgebaut, daß die starken Schultern auch die schwereren Lasten tragen sollen,

ob welcher Zumutung die steinreichen Landlords in ebenso laute Klage ausbrechen wie die deutschen Konservativen. Es wird ihnen wenig helfen. Auch das liberale Bürgertum und die Kreise der Intellektuellen sind von dieser Welle neuen sozialen Denkens weithin erfasst. Dazu gesellt sich eine starke religiös-soziale Bewegung.

So schreiten die großen Völker des Westens auf neuen Bahnen tapfer vorwärts. Und wir Schweizer? L. R.

Zwei Mene Tekel für Kirchentum und Klerikalismus dürfen wir nicht unerwähnt lassen.

Da ist erstens die Ferreraffäre. Zwar hätten wir über sie am liebsten geschwiegen, da genug darüber geredet worden ist. Aber sie ist durch die bekannte von den Sozialdemokraten (und Andern) gestörte Versammlung der „Christlich-Sozialen“ in Zürich in ein Stadium getreten, das unsere Aufmerksamkeit verdient.

Gewiß durfte man sich über die Erregung freuen, die der offenbare Justizmord, der an einem einzelnen Manne in einem entlegenen Lande verübt worden ist (denn daß es ein solcher ist, wird wohl nicht zu bezweifeln sein), entfesselt hat. Diese Tatsache wird nicht ohne Wirkung bleiben. Man braucht sich darin auch nicht durch den Gedanken beirren zu lassen, daß es Dinge gibt, die dieser Erregung noch viel mehr verdienten, wie die im Kongostaat geschehenden Greuel und anderes mehr, auch nicht durch die Uebertreibungen und Ausschreitungen, zu denen die Volksbewegung führte.

Nun aber die Zürcher Versammlung! Daß die dabei vorgekommenen Ausschreitungen zu bedauern sind, versteht sich von selbst. Aber Eins ist doch nicht zu vergessen: die Verteidigung eines so schweren Vergehens gegen Gerechtigkeit, Menschlichkeit und Gedankenfreiheit, wie die Hinrichtung Ferrers nach allgemeinem Urteil ist, durch die katholische Presse, besonders die „Neuen Zürcher Nachrichten“, war eine starke Zumutung an die protestantische und schweizerische Bevölkerung. Dazu geschah diese Verteidigung in einem provokatorischen Ton. Diesen schlug auch die Einladung zu der Versammlung an. Die Erbitterung darüber war groß und allgemein, auch bei

solchen, die sich von allen kulturkämpferischen Tendenzen gründlich frei wissen. Dazu lud man in den größten Saal Zürichs ein, das Lokal, das sonst die Sozialdemokratie benützt, mitten in ihrer Hochburg Außersühl. Man wollte demonstrieren, seine Macht zeigen, wollte durch Affront imponieren. Aber der Krug geht zum Brunnen, bis er bricht. Die Rechnung mißglückte. Die Macht war auf einer andern Seite. Die Herausforderung hatte gewaltigen Zorn erzeugt und das Resultat ist bekannt.

Man soll sich nicht darob verwundern. Wer die Volkesleidenschaft reizt, muß auf ihre undisziplinierten Ausbrüche gefaßt sein. Wer durch Politik imponieren will, kann leicht in der Politik Fiasco machen, namentlich in geistigen Dingen. Ob der spanische Katholizismus nun wohl viel erfreuliche Frucht davon ernten wird, daß er Ferrer beseitigt hat?

Der springende Punkt ist für uns der fanatische Haß gegen die „Pfaffen“, der bei diesem Anlaß zum Vorschein gekommen ist. Ich glaube, man wäre imstande, Priester, die in solche tobenden Massen gerieten, umzubringen.

Das ist gewiß ein Mene Tekel. Wir stehen, wie mir scheint, am Beginn schwerer Gerichte, die über die Kirche kommen werden.

Auch über die protestantische! Denn täuschen wir uns nicht: der Haß gilt, nur in milderem Grade, auch ihr. Das zeigt sich in der Austrittsbewegung, die die kirchlichen Kreise in Deutschland mit Schrecken erfüllt. Nachdem frühere Versuche, die Arbeiter-schaft zu einer Massenauswanderung aus der Kirche zu bewegen, im Großen und Ganzen mißlungen sind, wachsen jetzt die Zahlen der Ausgetretenen bedenklich an. Wir machen heute nur auf die Tatsache aufmerksam und behalten uns vor, ausführlich auf sie zurückzukommen. Auch sie ist ein Mene Tekel! Möge sie von denen überlegt werden, welche sich erlauben, alle die für „unreif“ zu erklären, die sehen, daß es auf den bisherigen Wegen nicht weiter gehe. Sie könnten mit ihrer „Reife“ eines Tages übel erwachen. L. R.

Der Branntweinbeykott der deutschen Sozialdemokratie ist eine so wichtige Etappe in dem Emanzipationskampf der deutschen Arbeiterschaft, daß wir den Be-

schluß des Leipziger Parteitags hier wörtlich wiedergeben. „Die von der agrarisch-reaktionären Reichstagsmehrheit beschlossene Erhöhung der Branntweinsteuer bezweckt, einen großen Teil der durch wahnsinnige Rüstungspolitik verursachten Reichsausgaben den Schultern der Armen aufzuerlegen. Zugleich soll durch Aufrechterhaltung der Kontingentierungspolitik auch fernerhin den Großgrundbesitzern auf Kosten der Branntweintrinker ein Extraprofit von über 50 Millionen zugesichert werden. Um dieser verbrecherischen Volksausbeutung zu begegnen und zugleich um dem durch den Branntweingenuß verursachten körperlichen und moralischen Schaden weiter Volksschichten entgegenzuwirken, richtet der Parteitag an alle Parteigenossen und Arbeiter die Aufforderung, den Branntweingenuß zu vermeiden.

Die Parteigenossen und die Parteipresse werden aufgefordert, diesen Beschluß in energischer Weise zur Durchführung zu bringen.“ F. S.

Ueber die in voriger Nummer angezeigte Zusammenkunft von Freunden der **religiös-sozialen Konferenz** ist in mehrere Tagesblätter die Nachricht gedrungen, die religiös-sozialen Pfarrer hätten sich organisiert; natürlich wird das jedermann so verstehen, als sei eine neue kirchliche Partei gegründet worden. Davon ist aber in Wirklichkeit gar keine Rede. Es handelt sich bloß um endgültige Konstitution einer Kommission, welche die religiös-sozialen Konferenzen vorbereiten und dem bisher an allzugroßer Formlosigkeit leidenden Unternehmen das notwendige Minimum von Form geben soll. Unsere Bestrebungen glauben wir dann am wirksamsten zu vertreten, wenn wir alle parteimäßige Organisation meiden. L.

Büchertisch.

Die Abschaffung der Armut durch die Wiederherstellung des gleichen Anrechts an die Erde. Ein Aufruf an die weißen Sklaven der Besitzenden von Gustav Büsser. Verlagsmagazin in Zürich, 1909.

„Fortschritt und Armut“ heißt das berühmte Buch des Amerikaners Henry George, das zum ersten Mal in weithin Aufsehen erregender Weise die Forderung aufstellte, daß Grund und Boden verstaatlicht werden solle, weil er von rechtswegen der Allgemeinheit gehöre. Diese Ueberführung in staatlichen Besitz soll nicht etwa durch eine Art gewaltsamer Expropriation geschehen, sondern einfach dadurch, daß durch eine Steuer die gesamte sogenannte Bodenrente weggenommen würde, d. h. aller Ertrag des Grundbesitzes, der nicht aus der Arbeit des Besitzers stamme, sondern aus einem Wert, den der Boden erst durch die Arbeit der Gesellschaft gewonnen. Diese Steuer wäre die einzige, die der Staat dann überhaupt noch erhöhe (die „single tax“) und sie bedeutete so viel als Gemeinbesitz des Bodens. Diese Maßregel, meint George, würde alle gesellschaftlichen Uebel heilen.

Es ist ein glänzendes und mächtiges Buch, das stets zu den bedeutsamsten

Erzeugnissen sozialer Literatur gerechnet werden wird. Wer einmal unter seinem Eindruck gestanden ist, hat sich in der letzten Zeit öfters fragen müssen, warum diese Ideen so wenig mehr die soziale Diskussion beschäftigten. Nun finden sie in Gustav Büsser einen leidenschaftlichen Anwalt. Sein Appell ist es wert, gelesen und zu Herzen genommen zu werden. Es ist durchaus gut, daß die Bodenreformideen großen Stils unter uns wieder mehr erwogen werden. Es lebt in ihnen eine eigene Kraft. Und die Zustände unserer Städte, besonders im Wohnungswesen, werden dafür sorgen, daß sie wieder mehr in den Vordergrund rücken. In Büssers Schrift sind die wichtigsten Argumente ihrer radikalen Anhänger in gedrängter Form beieinander zu finden.

Zum Hauptpunkt möchte ich nicht definitiv Stellung nehmen, aus dem einfachen Grunde, weil ich darüber selbst noch nicht im Klaren bin. Nur einige Einwände muß ich äußern, über die ich nicht wegkomme; bin aber der besseren Belehrung durchaus zugänglich. Nicht daran zweifle ich, daß ein sehr großer Teil unserer heutigen sozialen Misere aus dem Mißbrauch von Grund und Boden stammt und daß es ein vom